

# Vom Willkommen...

„Refugees welcome!“ – diese Welle der Hilfsbereitschaft für Flüchtlinge und die Bereitschaft, sich Rassisten und Faschisten entgegenzustellen verändert dieses Land, ist gelebter Humanismus. Macht als solidarisches Zusammenleben die Alternative zur neoliberalen Ideologie der Konkurrenz erlebbar. Die Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte wie jüngst bei uns in Eisbergen stoßen auf breiten empörten Protest.

Vor wenigen Tagen noch brüsteten sich die Regierenden mit der Hilfsbereitschaft und die Kanzlerin ließ sich als Humanistin feiern. Die Flüchtlinge hatten das Dublin II-Abkommen, mit dem die Bundesregierung sich die Flüchtenden von sich fern halten wollte, außer Kraft gesetzt und die Grenzen nach Europa überrannt. Die Reaktion heißt nun: vermehrter und härterer Einsatz von militärischen Mitteln im Mittelmeer und an den Grenzen Europas.

## ... zur verstärkten Abschottung

Zuglinien wurden lahngelagt, Fähren durften nicht fahren, Grenzen werden geschlossen. Alles, um Flüchtlinge von der EU fernzuhalten und sie innerhalb der EU daran zu hindern, in das Land zu kommen, auf dem ihre Hoffnungen ruhen, in denen sie Verwandte oder Freunde haben.

Die Große Koalition in Berlin will weitreichende Einschnitte im Aufenthalts-, Sozial- und Asylrecht durchsetzen. PRO ASYL hat in einer ersten Analyse des Gesetzentwurfes festgestellt: „Das Bundesinnenministerium schickt die Flüchtlinge, die die Bundesregierung zuvor nach Deutschland einreisen ließ, in die Obdachlosigkeit und die soziale Entrechtung.“ Alle Flüchtlinge, die über ein anderes EU-Land eingereist sind, sollen keinerlei Leistungsanspruch mehr haben, sondern nur eine Rückreisekarte erhalten. Eine ganze Reihe weiterer Einschränkungen sind vorgesehen. Vertreibung und Abschreckung heißt die Devise. Die Forderungen von Rassisten und Faschisten werden hier erfüllt.

Auf europäischer Ebene wird das Regime der Abschiebungen noch weiter radikalisiert. Die EU-Kommission hat ein „Handbuch“ zum Thema „Rückführungen“ vorgelegt. Für Abschiebungen ist künftig auch die Anwendung von Gewalt vorgesehen. Einschließlich Zwangsmaßnahmen wie die Fesselung und die Gabe von Betäubungsmitteln. Unbegleitete Kinder und Jugendliche sollen abgeschoben werden, ganze Familien und auch Kinder in Abschiebehäft gesteckt werden.

In Kürze wird der Bundestag über ein „robustes Mandat“ abstimmen, wonach mit Waffengewalt Schiffe und Hafenanlagen im Norden Afrikas zerstört werden sollen. Dabei ist die Abschottungspolitik der EU die Geschäftsgrundlage für die Schleuser.

## Fluchtursachen bekämpfen

Die Herkunftsländer der Flüchtlinge sind genau die, in denen NATO-Staaten mit allen politischen, finanziellen und militärischen Mitteln einen „regime change“ durchsetzen wollten; wie in Irak, in Afghanistan, Libyen, den Ländern des ehemaligen Jugoslawien oder jetzt in Syrien.

Immer war es das Ziel, die dort existierenden Regierungen, die nicht oder nicht vollständig nach der Pfeife der hochentwickelten westlichen Imperialisten tanzten, zu stürzen.

Dafür war jede Lüge, fast jedes Mittel und jeder Bündnispartner recht.



*Der unendliche „Feldzug gegen den Terror“ entpuppt sich immer deutlicher als Aggression für freie Bahn den transnationalen Konzernen, Raub, Unterdrückung und Folter*

An diesen immer wieder aufbrechenden Konflikten und den Kriegen verdienen die Rüstungskonzerne, vor allem auch deutsche wie Heckler und Koch. Sie verdienen an Rüstungsexporten und der Lizenzproduktion ihrer Waffen.

Freihandelsabkommen mit Staaten in Afrika führen zur Zerstörung dortiger Wirtschaftsstrukturen. Die Märkte werden mit hochsubventionierten Billigimporten aus Europa überschwemmt. Deutsche und europäische Agrarkonzerne sind mit Schuld an der Zerstörung der Landwirtschaft in Afrika, die Küsten werden leergefischt und Tausende Fischer und Bauern verlieren ihre Existenz, die Umweltzerstörung wird billigend in Kauf genommen. Die Folgen treffen zuerst die armen Länder und dort die Armen.

Die sogenannten „Balkanflüchtlinge“ sind Folge der sozialen Katastrophe in ihrer Heimat, verursacht durch die von EU und Internationalem Währungsfond erzwungenen neoliberalen „Reformen“ wie Privatisierungen, Entlassungen, Kürzungen von Gehältern und Renten und Beseitigung sozialer Sicherheiten. Minderheiten werden ausgegrenzt und verfolgt, insbesondere Roma und Sinti.

## Die DKP Minden fordert:

- ▶ Die Verschärfungen des Asylrechts verhindern. Ein menschenwürdiges Leben für alle. Mit ausreichender finanzieller Unterstützung. Weg mit Hartz IV.
- ▶ Menschenwürdige Bedingungen für Flüchtlinge; dazu gehört freier, ungehinderter und vollständiger Zugang zum Gesundheitswesen.
- ▶ Notwendig ist ein umfassendes Programm des sozialen Wohnungsbaus. Nicht erst die Frage der Unterbringung der Flüchtlinge macht diese Aufgabe dringlich.
- ▶ Die Armut der Kommunen muss beseitigt werden. Sportvereine, Kultureinrichtungen brauchen Zuschüsse für ihre Arbeit mit Flüchtlingen. Die Betreuung der Flüchtlinge kann nicht allein mit ehrenamtlichen Helfern geleistet werden. Notwendig ist ein ausreichend ausgestatteter öffentlicher Dienst.
- ▶ Flüchtlinge dürfen nicht als Lohndrücker missbraucht werden. Keine Ausnahmen beim Mindestlohn.
- ▶ Stopp der Rüstungsexporte und Stopp der Aktivitäten zur Destabilisierung Syriens, des Iraks und Libyens
- ▶ Stopp der militärischen Planungen gegen Fluchtrouten..
- ▶ Eine gerechte Handelspolitik durchsetzen, TTIP und CETA verhindern. Die Demonstration am 10. Oktober in Berlin unterstützen.

## Wo das Geld zu holen ist:

**Er wächst und wächst — der Reichtum in der Welt.** Nach einer Studie der Entwicklungshilfeorganisatin Oxfam wächst die Ungleichheit in der Welt in rasantem Tempo. Die 80 reichsten besitzen soviel wie die untere Hälfte der Weltbevölkerung, also 3,5 Milliarden Menschen. In der Liste mit den meisten Ultrareichen mit mehr als 50 Millionen Dollar Vermögen steht Deutschland an dritter Stelle. Eine neue Studie des DIW kommt zu dem Ergebnis, dass die reichsten 10 Prozent dreiviertel (74 Prozent) des gesamten Nettovermögens besitzen.

Die Nichterhebung der Vermögenssteuer hat für die Millionäre und Milliardäre unseres Landes einen schönen Nebeneffekt: Die Finanzämter haben den Überblick über deren Besitztümer verloren. Und so wird ihr Reichtum in allen Statistiken unterschätzt. Und natürlich nicht versteuert.

**Er wächst und wächst — der Rüstungsetat.** Im kommenden Jahr sollen es 1,2 Milliarden Euro mehr werden. Eine Steigerung um 3,7 Prozent auf 34,21 Milliarden Euro. Und so soll es weitergehen. Das Ziel: Die Rüstungsausgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandprodukts anzuheben. So hat es die NATO vorgegeben. Das wären dann 17,5 Milliarden Euro im Jahr mehr als jetzt..



[www.dkp-minden.de](http://www.dkp-minden.de)

V.i.S.d.P.: R. Liebau, Hardenbergstr. 23, 32427 Minden

**DKP**  
Minden